

Türkei

Günter Seufert

Im heißen Sommer des Jahres 2013 sanken die Beziehungen der türkischen Regierung zu den europäischen Staaten, aber auch zur Europäischen Union, auf den Gefrierpunkt.

Eine Demonstrationswelle bislang unbekannten Ausmaßes

Ein Grund dafür war das brutale Vorgehen der türkischen Polizei gegen zunächst vollkommen friedliche Demonstranten, die mit der Besetzung des zentral gelegenen Gezi-Parks in Istanbul verhindern wollten, dass dessen Bäume einem weiteren Einkaufszentrum weichen. Die Aktion zur Verteidigung einer der letzten innerstädtischen Grünflächen war von Beginn an auch Ausdruck des Protestes gegen eine seit Jahren anhaltende Gentrifizierung, die Stadterneuerung mit der unbeschränkten Kommerzialisierung des städtischen Raums gleichsetzt und dabei die Verdrängung der aktuellen Nutzer und Bewohner schulterzuckend in Kauf nimmt. Die exorbitanten Gewinne, die im Rahmen der städtischen Neugestaltung erzielt wurden, fallen in der Regel der Regierungspartei nahestehenden Unternehmern zu. Mehr noch, die regierende muslimisch-konservative Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung (AKP) von Ministerpräsident Recep Tayyip Erdogan nutzte die Neugestaltung öffentlicher Räume gerne dazu, einer religiös und kulturell pluralen Bevölkerung die islamisch-osmanische Vergangenheit des Landes nahezubringen und sie dadurch auf eine konservative Identität einzuschwören. So sollte die geplante Shopping Mall in einer wieder aufzubauenden osmanischen Kaserne untergebracht werden.

Es war deshalb nicht verwunderlich, dass das unduldsame Vorgehen der Polizei eine große Solidarisierungswelle auslöste. In ihr fanden sich Gruppen mit primär sozialen Anliegen wie Gewerkschaften und kleine sozialistische Parteien neben Angehörigen der saturierten säkularen Mittelschichten, die ihren westlichen Lebensstil durch eine konservative Bildungs-, Kultur- und Sozialpolitik bedroht sehen. Mit kurdischen und alevitischen Gruppen kamen Aktivisten der großen sprachlichen und religiösen Minderheiten der Türkei hinzu. Die Kurden sehen in Erdogans Partei primär den Vertreter eines Staates, der ihre Sprache und Kultur seit Jahrzehnten marginalisiert, und Aleviten glauben, dass Erdogan noch mehr als andere Regierungschefs die Assimilierung der Aleviten in den sunnitischen Islam verfolgt. Damit war nahezu das gesamte politische Spektrum jenseits der AKP-Wählerschaft mobilisiert und die Proteste breiteten sich innerhalb weniger Tage auf 79 der 81 türkischen Provinzzentren aus.

Empörung in Europa und Verschiebung der Verhandlungen über Kapitel 22

In Europa löste das Vorgehen der Polizei weithin Empörung aus, die durch eine äußerst unduldsame und konfrontative Rhetorik Erdogans dem Ausland gegenüber noch verstärkt wurde. Erdogan, seine Minister und die der AKP nahestehende Presse sahen in den Protesten nur das Ergebnis eines umfassenden Komplotts gegen die Regierungspartei, an dem

Vertreter der weitgehend entmachteten alten bürokratischen Elite in der Türkei, das internationale Finanzkapital¹ und die von der „jüdischen Diaspora gekaufte internationale Presse“² gemeinsam an der Destabilisierung des Landes arbeiteten, das durch seinen wirtschaftlichen Aufschwung und sein gesteigertes Standing zum unliebsamen Konkurrenten der alten Mächte geworden sei.

Internationale Politik und Öffentlichkeit reagierten entsetzt auf diesen Ausbruch nationalistischer, extrem autoritärer und bisweilen antisemitischer Rhetorik einer Regierung, die in früheren Jahren für Demokratisierungsschritte und für ihr Beharren auf die Mitgliedschaft des Landes in Europa weltweit Anerkennung gefunden hatte. In Europa erhoben nicht nur traditionell Türkei-kritische Regierungen wie die Österreichs, der Bundesrepublik, der Niederlande und Frankreichs warnend ihre Stimme. Auch gestandene Befürworter der türkischen EU-Mitgliedschaft wie Großbritannien, Italien, Spanien, Ungarn und Bulgarien mahnten die Beachtung der Demonstrations- und Meinungsfreiheit an und kritisierten den unverhältnismäßigen Polizeieinsatz.³ Mit politischer Unterstützung Österreichs⁴ blockierten Deutschland und die Niederlande die für den 26. Juni vorgesehene Beitrittskonferenz, auf der die Eröffnung der Verhandlungen über Kapitel 22 (Regionalpolitik)⁵ beschlossen werden sollte. Dieser Vorstoß Berlins provozierte Äußerungen des türkischen EU-Ministers Egemen Bagis, die einem diplomatischen Eklat auslösten. Bagis hatte der Bundeskanzlerin im Hinblick auf die von der rechtsradikalen Organisation NSU in Deutschland an türkischen Einwanderern verübten Morde geraten, sich in Sachen Menschenrechte an die eigene Nase zu fassen und ihr prophezeit, dass sie mit einer Blockade des türkischen EU-Beitritts nur ihren eigenen politischen Untergang vorbereite. Ankara drohte damit, die Beitrittsverhandlungen ganz abubrechen und den türkischen Botschafter in Brüssel zurückzubeordern. Schließlich gelangte es den Außenministern beider Länder einen Kompromiss zu finden, der es ihren Regierungen ermöglichte, das Gesicht zu wahren. Die EU verpflichtete sich auf die Eröffnung des Kapitels, wird den Zeitpunkt dafür jedoch erst im Lichte des nächsten Fortschrittsberichts der Kommission bestimmen, der im Oktober 2013 veröffentlicht werden wird.

1 Noch im September behauptet Numan Kurtulmus, Mitglied des Parteivorstands der AKP, eine internationale „Chaos-Lobby“ sei sowohl für die Demonstrationen in der Türkei als auch für die Demonstrationen, die in Ägypten den Sturz von Ministerpräsident Mohammed Mursi eingeleitet hatten, verantwortlich. Zu dieser auch „Zinslobby“ genannten Verschwörern gehörten unter anderem die Deutsche Bank, die schweizerische GAM-Holding und aus den USA die Citi-Group sowie die Bank JPMorgan Chase. Siehe die Tageszeitung *Aksam* vom 13. September 2013.

2 So Besir Atalay, vormaliger Innenminister und heute einer der Stellvertreter des Ministerpräsidenten, am 2. Juli 2013 im Nachrichtensender CNN-Türk, <http://video.cnnturk.com/2013/haber/7/2/atalay-gezi-olaylarinin-arkasinda-yahudi-diasporasi-var>.

3 In ihrer Zusammenschau liefern die Einträge auf den deutschen, englischen und türkischen Seiten von Wikipedia einen guten Überblick über die internationalen Reaktionen auf die Haltung der türkischen Regierung zu den Protesten.

4 Die Presse Online vom 24.6.2013, <http://diepresse.com/home/politik/eu/1422423/EUVerhandlungen-mit-Tuerkei-liegen-bis-Herbst-auf-Eis?from=simarchiv>.

5 Die französische Regierung hatte nur wenige Monate vorher ihre Blockade dieses Kapitels aufgehoben.

Das Demokratisierungspaket vom 30. September 2013

Wenn etwas den entstandenen Schaden für das Ansehen der türkischen Regierung in Europa zumindest ansatzweise reparieren kann, dann ist es das ‚Demokratisierungspaket‘, das Ministerpräsident Erdogan persönlich am 30. September veröffentlichte. Die Regierung sagt damit folgende Reformen zu: Wie eine Antwort auf die Kritik an seiner Reaktion auf die jüngsten Demonstrationen liest sich die Ankündigung Erdogans, Demonstrationsrouten künftig mit den Veranstaltern gemeinsam festzulegen, die Veranstalter auch an der Entscheidung zur Auflösung von Demonstrationen zu beteiligen und Kundgebungszeiten zu verlängern. Die bislang nahezu unbegrenzte Sammlung und Weitergabe persönlicher Daten soll fühlbar eingeschränkt und ein Rechtsanspruch auf den Schutz privater Daten formuliert werden. Die politischen Parteien betreffend wird die Hürde für staatliche Finanzhilfen von bislang 7 Prozent der Stimmen bei Parlamentswahlen auf 3 Prozent gesenkt, womit erstmals auch prokurdische Parteien in den Genuss öffentlicher Parteienfinanzierung gelangen können. Künftig soll politische Propaganda in anderen Sprachen als Türkisch (besonders Kurdisch) erlaubt sein. Eine weitere Geste an die prokurdische Partei ist die geplante Zulassung von Co-Parteivorsitzenden sowie die Aufhebung des Zwangs für politische Parteien, nicht nur auf der Ebene der Provinzen, sondern auch auf der Ebene von Landkreisen und Städten organisiert sein zu müssen, um an Wahlen teilnehmen zu können. Ferner wird das primär Studenten und Beamten betreffende Verbot der Mitgliedschaft in politischen Parteien aufgehoben. Den Kurden kommt Erdogan auch dadurch entgegen, dass er privaten Schulen erlauben will, Unterricht auf Kurdisch zu erteilen⁶ und die Kriminalisierung der Verwendung so genannter ‚kurdischer Buchstaben‘⁷ zu beenden. Die aus den späten 1940er Jahren stammende Zwangstürkisierung von Dorfnamen wird zurückgenommen, und auch einige Provinzstädte wie Norsin und Dersim können wieder ihre angestammten kurdischen (bzw. armenischen) Namen verwenden. Die Verurteilung von (meist kurdischen) politischen Straftätern zu astronomisch hohen Freiheitsstrafen soll künftig dadurch verhindert werden, dass ein- und dieselbe länger andauernde politische Tätigkeit nicht mehr zu wiederholter Verurteilung für einzelne konkrete Haltungen führt.

Die Rechte von nichtreligiösen und nichttürkischen Minderheiten und die der muslimischen Mehrheit werden – zumindest theoretisch – gleichzeitig gestärkt. Fromme Muslime werden erfreut zur Kenntnis nehmen, dass nichtuniformierten Beamtinnen künftig das Anlegen des Kopftuchs freistehen soll. Einschränkungen für die Sammlung von Spenden in der Öffentlichkeit (die bislang meist die muslimische Mehrheit betrafen) sollen aufgehoben werden. Auf der anderen Seite soll das Kloster Mor Gabriel der assyrischen Christen, denen bislang ihre Rechte nach dem Vertrag von Lausanne von 1923 verweigert wurden, der assyrischen Gemeinde überschrieben und generell die Rückgaben christlichen Gemeindeeigentums weiter vereinfacht werden. Ein neuer Straftatbestand „Verletzung des Rechts auf selbstbestimmten Lebenswandel“ wird ins Strafgesetzbuch eingefügt und das Recht auf Religionsausübung gestärkt, was für die religiöse Mehrheit und die Minder-

6 Die heute noch gültige Militärverfassung von 1982 verbietet den Allgemeinunterricht in einer anderen Sprache als Türkisch an öffentlichen Schulen (was freilich die Einrichtung von öffentlichen Gymnasien, die auf Englisch unterrichten nicht behindert hat).

7 Es handelt sich dabei um die Buchstaben q, w und x, die im türkischen Alphabet nicht vorkommen und deren Verwendung in kurdischen Texten jahrelang zu Verurteilungen geführt hatte.

heiten gleichermaßen bedeutsam sein kann. Hassrede aufgrund von Unterschieden hinsichtlich Sprache, Abstammung, Nationalität, Hautfarbe, Geschlecht, politischer, konfessioneller oder religiöser Überzeugung sowie aufgrund von Behinderung wird stärker bestraft, und Vorschriften zur Vermeidung von Diskriminierung werden erlassen. Die türkischen Roma sollen durch die Gründung eines Instituts für die Sprache und Kultur dieser Minderheit in der Öffentlichkeit rehabilitiert werden. Indes bedeutet es für die religiöse Minderheit der Aleviten nicht mehr als ein Trostpflaster, dass der Universität der zentral-anatolischen Stadt Nevsehir der Name des von den Aleviten verehrten Theologen Haci Bektas Veli verliehen wird.⁸

Stärker als bei allen bisherigen Reformpaketen steht dieses Mal die Gewährung – ja Förderung – der Sichtbarkeit des in kultureller, religiöser und sprachlicher Hinsicht pluralen Charakters der türkischen Gesellschaft im Vordergrund.⁹ Exemplarisch deutlich wird dies an der Abschaffung der umstrittenen Schwurformel, mit der sich bislang alle Schüler regelmäßig zum Türkentum bekennen mussten. Wird das Paket tatsächlich in einer Weise durchgesetzt, die die Rechte der muslimischen Mehrheit und der nichtmuslimischen Minderheit gleichzeitig stärkt, dann wird die Türkei zentrale Erwartungen der EU zum Schutze von Minderheiten ein ganzes Stück weit erfüllt haben. Allerdings hat die Regierung in den letzten beiden Jahren stets den muslimischen Charakter der Gesellschaft zu Lasten anderer Überzeugungen betont, weshalb die Gefahr, dass mehr kulturelle Freiheit und Pluralität auf dem Papier nur zu weiterer Gestaltung des öffentlichen Raums im Sinne der konservativen Mehrheit führt, keineswegs ausgeschlossen ist.

Die Grenzen der Reformbereitschaft und Reformfähigkeit

Freilich besteht das Paket bislang nur aus einer Liste von Reformvorhaben, deren Umsetzung in der beginnenden Wahlkampfatmosphäre keineswegs gesichert ist. In der regierungsnahen Presse heißt es ausdrücklich, dass die Umsetzung der Ankündigungen nicht – wie bei früheren Anpassungsgesetzen – im Rahmen eines großen Gesetzespakets, sondern nach und nach erfolgen soll.¹⁰ Am 20. März 2014 stehen in der Türkei Kommunalwahlen an, und im August desselben Jahres muss der Staatspräsident gewählt werden.¹¹ Ein weiteres Manko des ‚Pakets‘ liegt darin, dass die in ihm enthaltenen Demokratisierungsschritte sich nicht im Rahmen einer offenen gesellschaftlichen Diskussion herauskristallisierten, sondern eigenmächtig von Erdogan bestimmt wurden, der die Gewährung von neuen Freiheiten denn auch wie einen ‚Sultanserlass‘ verkündete.¹²

Auch inhaltlich war mehr erwartet worden. Nichtmuslime hatten auf die Eröffnung des griechisch-orthodoxen Priesterseminars auf der Istanbuler Insel Heybeliada

8 Vgl. die Darstellung und Verteidigung der Reformvorhaben durch den türkischen Ministerpräsidenten unter http://www.radikal.com.tr/politika/basbakan_erdogan_demokratiklesme_paketini_acikliyor-1153198.

9 So Ali Bayramoglu in der Tageszeitung *Yeni Safak* vom 3.10.2013.

10 So der einflussreiche Kommentator Abdülkadir Selvi in *Yeni Safak* vom 30.9.2013.

11 In der heute weitgehend urbanisierten – 76 Prozent der Bevölkerung leben in Großstädten – und immer noch stark zentralistisch regierten Türkei spielen kommunale Themen nur für 20 bis 25 Prozent der Wähler eine Rolle und gelten deshalb primär als Test für die Zustimmung der Bevölkerung zur Regierungspolitik, so Yüksel Taskin in der Tageszeitung *Taraf* vom 1.10.2013 unter Berufung auf das renommierte Meinungsforschungsinstitut Konda.

12 Eine in der türkischen Tagespresse wiederholt geäußerte Kritik.

(griech.: Chalki) gehofft, der erste Schritt zur Ermöglichung christlicher Theologenausbildung in der Türkei. Aleviten hatten sich die Anerkennung ihrer Cemevi genannten Kulthäuser als mit Moscheen und Kirchen gleichgestellten Andachtsstätten versprochen. Auch die Forderung der EU nach Etablierung eines unabhängigen Gremiums zur Kontrolle der Polizei, dessen Signifikanz durch die jüngsten polizeilichen Übergriffe erneut deutlich geworden ist, blieb unbeantwortet. Ebenso die längst überfällige Reform des Parteiengesetzes, das innerparteilicher Partizipation und Mitgestaltung einen Riegel vorschiebt. Enttäuschung auch bei all denen, die neue Schritte zur Kontrolle des Militärs durch die Politik forderten.

Besonders die kurdische Nationalbewegung drängt auf die Senkung des in Europa einmalig hohen landesweiten 10-Prozent-Quorums für den Einzug einer Partei ins Parlament. In dieser Frage hat sich Erdogan im Rahmen des Pakets dadurch aus der Schusslinie gezogen, dass er drei Optionen der Änderung des Wahlsystems vorgab und es den anderen politischen Parteien anheimstellte, sich auf eine davon zu einigen. Dies wohl wissend, dass die rechtsextreme Partei der Nationalistischen Bewegung (MHP) sich in dieser Sache nicht bewegen wird. Mehr noch, der extrem weite Terrorbegriff des Antiterrorgesetzes, mit dem die Inhaftierung von Hunderten kurdischer Aktivisten aufrechterhalten wird, bleibt ebenso bestehen, wie die Vorbehaltsklauseln der Türkei zur Europäischen Charta für kommunale Selbstverwaltung. Letztere verhindern die Gewährung größerer lokaler und regionaler Autonomie, eine der zentralen Forderungen der kurdischen Nationalbewegung. Diese drängt jeden Tag stärker auf ein generelles Recht auf Bildung in der Muttersprache und machte aus ihrer Enttäuschung über den Inhalt des Pakets keinen Hehl.

Mangelnde Strategie und Handlungsfähigkeit in der Kurdenfrage

Die Weigerung der türkischen Regierung, den Kurden in den Fragen Dezentralisierung, Muttersprachenunterricht und Entkriminalisierung prokurdischer Aktivität entgegenzukommen, setzt den seit März 2013 anhaltenden Waffenstillstand zwischen den Militanten der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) und dem türkischen Militär aufs Spiel.

Am 21. März, dem kurdischen Neujahrsfest, hatte der inhaftierte Führer der PKK Abdullah Öcalan das definitive Ende des bewaffneten Kampfes erklärt, eine Anordnung, der die militärische Führung der PKK in den nordirakischen Kandil-Bergen umgehend Folge geleistet hat. In Gesprächen mit dem türkischen Geheimdienst (MIT) war eine (inoffizielle) Roadmap vereinbart worden, die den Abzug der PKK-Kämpfer aus der Türkei und als Gegenzug Reformschritte der Regierung vorsah. Gesetzesänderungen sollten einerseits die Kommunalverwaltungen stärken und so eine größere Selbstbestimmung der Regionen möglich machen und andererseits der kurdischen Nationalbewegung erweiterte Möglichkeiten für legale politische Aktivität eröffnen. Der Weg zu Letzterem sollte über Liberalisierungen des Antiterrorgesetzes und des Türkischen Strafgesetzbuches beschritten werden. Diese Gesetzesänderungen sollen auch zur Freilassung des Großteils der 922 inhaftierten Angeklagten der so genannten KCK-Prozesse führen, in denen gegen insgesamt 2.145 Personen verhandelt wird.¹³ Die Demokratischen Gemeinschaften Kurdistans (KCK)

¹³ Die Zahl nach amtlichen Angaben des türkischen Justizministers, zitiert nach Fikret Ilkiz: KCK cases and the judiciary mechanism, in: Perspectives, No. 2, Oktober 2012, S. 41-45.

gelten als zivilgesellschaftliche Organisation unter Kontrolle der PKK, und ihre Mitglieder sind meist in der legalen prokurdischen Friedens- und Demokratiepartei (BDP) aktiv.

Für die PKK und die in ihrem Fahrwasser handelnde BDP bedeutet die Weigerung der Regierung die entsprechenden Gesetzesänderungen in das aktuelle Demokratisierungspaket aufzunehmen, dass die Regierung der legalen politischen Aktivität der kurdischen Nationalbewegung auch weiterhin enge Grenzen zieht und damit der Sinn des Waffenstillstands hinfällig zu werden droht. Dass die Regierung sich auch in den Fragen Dezentralisierung und Recht auf Unterricht in der Muttersprache nicht bewegt hat, gießt zusätzlich Öl ins Feuer.

Diese Entscheidung verwundert umso mehr, als die Regierung mit der Aufnahme von Verhandlungen mit der PKK bereits ein zentrales Tabu der türkischen Innenpolitik gebrochen hat und nun auf halbem Wege stehen bleibt. Die Entscheidung ist auch deshalb schwer verständlich, weil sich in der türkischen Politik die Erkenntnis durchgesetzt hat, dass der PKK mit rein militärischen Mitteln nicht beizukommen ist und sich die kurdische Frage über die Entwicklungen im Nordirak und Nordsyrien längst internationalisiert hat. Hinzu kommt, dass die Unterstützung für die AKP in den türkischen Kurdengebieten massiv zurückgegangen ist und damit die politische Anbindung der mehrheitlich kurdisch besiedelten Gebiete an Ankara schwächer wird.

Der Grund für das übervorsichtige Agieren der AKP in der Kurdenfrage ist sicher die mangelnde Unterstützung für mutige Schritte in der Bevölkerung und die Angst Erdogans, seiner komfortablen Mehrheit verlustig zu gehen. Gleichzeitig ist in der türkischen politischen Landschaft kein anderer Akteur in Sicht, der bereit oder in der Lage wäre, diese Aufgabe zu schultern. Die Türkei geht erneut turbulenten Zeiten entgegen.

Weiterführende Literatur

- Adam Balcer: Turkey goes global. Implications for the EU, Demos Europa-Centre for European Strategy, Warsaw 2012.
- André Bank / Roy Karadag: The 'Ankara Movement'. the Politics of Turkey's regional Power in the Middle East, 2007-11, Third World Quarterly 34:2, 2013, S. 287-304.
- Haldun Gülap / Günter Seufert (Hrsg.): Religion, Identity and Politics: Germany and Turkey in Interaction, London & New York 2013.
- Kevin Matthes / Günter Seufert: Erdogan und Öcalan verhandeln. Paradigmenwechsel in der türkischen Kurdenpolitik und neue Strategie der PKK, SWP-Aktuell 25, Berlin 2013.
- Peter-Christian Müller-Graff / Haluk Kabaalioglu (Hrsg.): Turkey and the European Union – different Dimensions, Baden-Baden 2013.
- Dietmar Nietan et al.: Unsere Verantwortung endet nicht an den Grenzen der EU. Für eine engagierte Erweiterungs- und Nachbarschaftspolitik der Europäischen Union, Friedrich-Ebert-Stiftung, Berlin 2013.
- Henriette Rytz: Mehrdimensionale ‚Modellpartnerschaft‘. Die strategische Kooperation der USA mit der Türkei unter der Obama-Administration, SWP-Studie 19, Berlin 2013.
- Günter Seufert: Demonstrationswelle in der Türkei. Erdogan hat den Zenit seiner Macht überschritten, SWP-Aktuell 38, Berlin 2013.